

Stellungnahme	Datum: 13.01.2020	
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Bauamt	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Jugend, Soziales und Asyl Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft		
Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD		
Unterstützung alternativer Wohnformen und Wohnprojekte		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
16.01.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Kenntnisnahme	
22.01.2020	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

In den 2012 beschlossenen Leitlinien zur Stadtentwicklung hat sich die Stadt verpflichtet, neuen Wohnformen, wie Mehrgenerationswohnen, Wohnprojekte, Wohngemeinschaften oder Seniorenwohngemeinschaften aufgeschlossen gegenüberzustehen und sie zu unterstützen. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe.

Seitdem sind nur wenige Projekte bei der Verwaltung in Erscheinung getreten. Begleitet wurden überwiegend Eigentümer-Baugemeinschaften, wie Die Bröcker oder die Altstadtkieker. Bei der Einrichtung eines Wagenplatzes ging es um die Suche nach einem Standort. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wird unter Abwägung aller möglichen Nutzungen auch die Möglichkeit zur Realisierung von Wohnprojekten geprüft.

Ein weiteres Projekt, das die Verwaltung aktuell begleitet, ist die Initiierung einer selbstverwalteten Wohnform für ältere Menschen mit und ohne Pflegebedarf im Rahmen des Quartiermanagements in der Südstadt. Dabei handelt es sich um eine Wohnform für Ältere bzw. Pflegebedürftige. Grundsätzlich werden solche Wohnformen bereits unterstützt. Das Programm „Wohnen für Hilfe“, eine generationsübergreifende Wohnform, wird durch Projektmittel der Verwaltung finanziell unterstützt. Das Programm sollte in Anbindung an das Studierendenwerk Rostock/Wismar fortwährend etabliert werden. Das Studierendenwerk sieht jedoch zum jetzigen Zeitpunkt von einer Übernahme des

Programms ab.

Mit dem Begriff alternative Wohnprojekte können eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Wohn- und Lebensmodelle gemeint sein. Deshalb sollte zunächst geklärt werden, welche Formen durch die Verwaltung personell und strukturell unterstützt werden sollten.

Aufgabe der Verwaltung sollte es sein, Haushalte zu unterstützen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.

Durch den im Internet auf der Landesseite des Wohnprojekte-Portals genannten Ansprechpartner Arbeitskreis Wohnprojekte Rostock als Arbeitskreis des Agenda 21-Rates der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde kein Unterstützungsbedarf an die Stadtverwaltung herangetragen. Daher wird die Verwaltung auch nicht in der Lage sein, mögliche Zielgruppen für alternative Wohnformen oder Wohnprojekte und ihre Anforderungen zu definieren.

Im Bündnis für Wohnen hat die Verwaltung über die Beschlussvorgabe hinaus das Thema „Unterstützung von Projekten“ im Rahmen der AG Integrative Wohnungspolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu wurde ein Vorschlag für Verpflichtungen der Stadt eingereicht. Da die Wohnungsunternehmen und anderen Bündnispartnern hierzu keine Vorschläge unterbreitet haben, ist das Thema entfallen.

Holger Matthäus